



Westast der A5-Umfahrung Biel/Bienne

Behördendelegation besorgt über Fortschritte des Dialogprozesses

4. November 2019 – Medienmitteilung; Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Die Behördendelegation A5 würdigt den Einsatz der Dialoggruppe, ist jedoch besorgt über den Stand der Arbeit. Deshalb hat sie den Auftrag der Gruppe präzisiert und gleichzeitig den Präsidenten beauftragt, im Februar 2020 die Behördendelegation wiederum direkt zu informieren.

Die Behördendelegation A5, bestehend aus Vertretern von Bund, Kanton und Gemeinden, hat sich an ihrer Sitzung vom 4. November 2019 vom Präsidenten der Dialoggruppe, Hans Werder, mündlich über den Arbeitsfortschritt orientieren lassen.

Auftrag der Dialoggruppe präzisiert

Die Behördendelegation stellt fest, dass die Dialoggruppe intensiv an der Arbeit ist. Allerdings sind nahezu neun Monate nach Beginn des Dialogprozesses noch keine tragfähigen Lösungen in Sicht. Die Behördendelegation ist nicht zufrieden mit dem Arbeitsstand und hat deshalb verschiedene Massnahmen beschlossen. Sie hat den Auftrag der Dialoggruppe präzisiert. Die Dialoggruppe soll eine unter den beteiligten Organisationen breit abgestützte und zweckmässige Lösung für die Kontroverse um den Westast A5 erarbeiten. Der gesetzte Endtermin (Juni 2020) und der Kreditrahmen (1,2 Mio. Franken) sind einzuhalten. Das Schwergewicht der Arbeiten sowie der personellen und finanziellen Ressourcen ist auf die Lösung der Verkehrsprobleme (abgestimmt auf die Stadtentwicklung) auf der Achse Bruggmoos - Rusel zu legen. Mögliche Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft sind zu skizzieren.

Die Behörden von Bund, Kanton und Gemeinden werden nach Vorliegen der Empfehlung der Dialoggruppe über das weitere Vorgehen (inkl. Partizipation der Bevölkerung) entscheiden. Die Arbeiten der Dialoggruppe dürfen diese Entscheide nicht präjudizieren.

Entscheid über weiteres Vorgehen Ende Februar

Die Behördendelegation hat den Präsidenten der Dialoggruppe beauftragt, das Gremium im Februar 2020 wieder über den Arbeitsfortschritt der Dialoggruppe zu informieren. Dabei sollen auch die Chancen eingeschätzt werden, bis Ende Juni 2020 eine gemeinsam getragene Lösung zu finden. Der Präsident wird zu diesem Zweck beauftragt, mit Gegnern, Befürwortern und Behörden bilaterale Gespräche zu führen. Die Behördendelegation wird im Februar 2020 über das weitere Vorgehen im Dialogprozess entscheiden.